

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1915**

298 (21.12.1915)



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-  
mentspreis: Abo für ein Jahr 2,25 M.; abgeholt monatl.  
65 Pf.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr.  
Postfachkonto Nr. 2860.  
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. 1. Spalte  
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate  
am Nachmittags zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Graf & Cie., Karlsruhe.

## Die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse.

Von Julius Kallisi.

I.

Als die Arbeiter eine selbständige Politik zu treiben begannen, übernahmen sie vom Liberalismus nicht nur die politischen Forderungen, sondern auch in hohem Maße die liberale Wirtschaftspolitik. Bei den vielen neuen Aufgaben, denen sich die Arbeiterklasse gegenüber sah, lag es nur zu nahe, daß sie ihre Waffen zunächst der schon vorhandenen Opposition gegen die herrschenden Mächte im Staat entlehnte. Je bewußter die Arbeiterklasse wurde, je mehr sie ihre besonderen Wirtschaftsinteressen erkannte, um so klarer schälte sie auf einem wirtschaftlichen Gebiete die eigenen Ansprüche heraus, das war das Gebiet der Sozialpolitik. Unter dem Druck der Verhältnisse reifte die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge viel schneller, die Notwendigkeit wies die Richtung und trieb die Tatkraft an, mit den vorhandenen Mitteln die Praxis nach den Erfordernissen der Arbeiter zu gestalten. Hier wurden unter dem Einflusse und später unter der Führung der Gewerkschaften nicht nur positive Forderungen aufgestellt, sondern die Durchsetzung dieser Forderungen in der Gesetzgebung und Verwaltung unabhängig betrieben. Anders war die handelspolitische Betätigung der Arbeiterklasse. Auf eine eigene Marschroute leiteten die Arbeiterorganisationen in handelspolitischen Fragen voran, sie folgten den vom Liberalismus gewiesenen Bahnen, auch dann noch, als Teile des Liberalismus ihre grundsätzliche Stellung in der Handelspolitik einer Aenderung längst unterzogen hatten. Zwar fehlte es nicht an Verdächtigungen, dieses Ausschlagen auf liberalem Boden als besonders achtungswertes Festhalten an erprobten Prinzipien hinzustellen, aber diese Anhänglichkeit an die liberale Erbschaft bringt leider noch keinen Beweis ihrer Fruchtbarkeit für die Interessen der Arbeiterklasse.

Nicht immer hatte die Arbeiterbewegung sich geneigt gezeigt, die handelspolitische Haltung des Liberalismus zu der ihren zu machen, gerade in den Anfangsjahren der Sozialdemokratie war ein lebhaftes Verständnis dafür vorhanden, daß die handelspolitischen Interessen der Arbeiter sich keineswegs mit den Zielen der damals allmächtigen, von den Großgrundbesitzern und Händlern getragenen Freihandelspolitik deckten. Als 1877 die Eisenölle und die französischen Ausfuhrprämien zur Verhandlung standen, erklärte Brade auf Grund eines reichlich überlegten Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion:

„Wir erkennen an, daß es eine Anzahl Fälle geben kann, wo es geboten ist, der heimischen Industrie einen Schutz durch Zölle zu gewähren. Diese Fälle sind die folgenden: Erstens, wenn es sich handelt um eine sich entwickelnde und zu guter Hoffnung berechtigte Industrie, wenn also die Industrie im eigenen Lande noch zurückgeblieben ist gegenüber der gleichen Industrie im Auslande, aber die Bedingungen vorhanden sind, sie konkurrenzfähig zu machen gegenüber dem Auslande. In solchen Fällen würden wir die vorübergehende Erhebung eines Schutzzolles für gerechtfertigt anerkennen. In einem anderen Fall, wenn nämlich die Beseitigung eines bestehenden Schutzzolles einen vernichtenden Einfluß auf die Industrie im eigenen Lande ausüben würde, würden wir auch anerkennen, daß es sich hier rechtfertigt, den bisherigen Schutz weiter beizubehalten. Es handelt sich damit um die Lage der Arbeiter; gesetzt den Fall, eine Industrie habe sich während des Bestehens eines Schutzzolles entwickelt, und durch Aufgabe dieses Zolles werde dieselbe plötzlich dem Ausland gegenüber konkurrenzunfähig gemacht, so würde dies auch die Folge haben, daß eine große Anzahl von Arbeitern brotlos würde, und das können wir nicht wünschen. Ich betone da dem Herrn Abgeordneten Dr. Girlich gegenüber, daß wir sehr wohl die Harmonie der Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern anerkennen, wo sie vorhanden ist, daß wir es aber nicht für recht halten, wenn man eine Harmonie da findet, wo keine ist. Ein letzter Fall, in welchem wir uns gegen einen Schutz Zoll nicht feindlich verhalten würden, ist folgender: wenn durch Reformen auf gewerblichem Gebiet eine ungünstigere Stellung der heimischen Industrie gegenüber der des Auslandes platzgreifen sollte. Das würde z. B. der Fall sein, wenn für die eigene Industrie Kinder- und Frauenarbeit mehr beschränkt würden, während die ausländische noch mit diesen billigeren Faktoren arbeitet. Ich sage also, in einem dieser Fälle würden wir die Erhebung eines Schutzzolles für nicht ungerathen erachten.“

In ähnlichen Erklärungen und Anschauungen fehlte es in der Zeit vor dem Sozialistengesetz in der deutschen Sozialdemokratie ganz und gar nicht. Erst später ist eine Identifizierung der Interessen der Arbeiterklasse mit den Forderungen des Freihandels als selbstverständlich hingenommen worden, wenn auch die Erinnerung an die handelspolitischen Gesetzmäßigkeiten nie gänzlich geschwunden ist. Stets haben die Wortführer der Sozialdemokratie innerlich und außerhalb der Parlamente erklärt, daß Sozialis-

mus und Freihandel durchaus nicht zusammengehören und die Sozialdemokratie nie aus prinzipiellen Gründen für den Freihandel eingetreten sei. Weiter ging jedoch im wesentlichen die grundsätzliche Stellungnahme zu den handelspolitischen Problemen nicht, seitdem Deutschland vom Freihandel zum Schutz Zoll übergegangen war, unterstützte die Sozialdemokratie die Freihandelspolitik des Liberalismus. Der Grund dafür ist überwiegend in der politischen Entwicklung Deutschlands zu suchen: fiel doch die sozialpolitische Neuformierung im Reich in die Zeit des Sozialistengesetzes. Damals wurden angesichts der Erfahrungen der Wirtschaftskrisis die Landwirte, die ursprünglich entlassene Freihändler waren, zu Schutzzöllnern, die Industriellen waren es vorher. Bismarck schritt zu dem Wechsel der deutschen Handelspolitik. Bei dem leidenschaftlichen Kampf, der die Sozialdemokratie gegen das Ausnahmegesetz und seine Väter führte, war eine nicht-ferne Abwägung wirtschaftlicher Einzelheiten nicht zu erwarten, die neue Zollpolitik war das Werk Bismarcks und der ihm folgenden politischen Gruppen, dadurch wurde die Richtung der Sozialdemokratie gegen den sozialpolitischen Umwälzung bestimmt.

Freihandel ist ein handelspolitisches System, dem zu den verschiedenen Zeiten auch die geschworenen Gegner jeder demokratischen Entwicklung angehörten. Es wäre ein böser Irrtum, Freihandel als Grundlage politischer und wirtschaftlicher Freiheit anzusehen. Die Vertreter des Freihandels waren in der verstrickenden Freihandelszeit zugleich die ausgeprochenen Gegner jeder sozialpolitischen Gesetzgebung, ihr Ideal war das freie Spiel der Kräfte, ein Ideal, das fast als Ideal vom Nachwächterstaat verpöhtete. Niemand hat früher und gründlicher als Karl Marx die Sophismen der „Freihandelskammerburden“, wie er die typischen Vertreter des Freihandels nannte, entwirrt. In der Brüsseler Freihandelsrede, die er im September 1847 hielt, stellte er den Freihändlern folgendes Zeugnis aus: „Wenn die Freihändler nicht begreifen können, wie ein Land sich auf Kosten des andern bereichern kann, so brauchen wir uns darüber nicht zu wundern, da dieselben noch weniger begreifen wollen, wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten der anderen bereichern kann.“

Gebührt hat sich der Freihandel in seinem inneren Wesen nie, wenn er bei der Bedeutungslosigkeit, zu der in Deutschland seit langem verurteilt ist, auch seine Lehren nicht mehr mit der einstigen Offenheit verflüchtete. Wo ein Land alle Zweige der Produktion gegenüber der Konkurrenz anderer Länder völlig beherrscht, ist die Lehre von der unbeschränkten Zollfreiheit der Ausdruck des Verlangens, nirgends auf der Welt in der eigenen Ausführfähigkeit beschränkt zu werden, und nirgends einen leistungsfähigen Wettbewerb entgegen zu sehen. Das ist dieselbe Freiheit, die man den Arbeitern vortrug, um sie von den Forderungen nach sozialpolitischen Gesetzen abzubringen, die gerühmte persönliche Freiheit, die durch gesetzliche Beschränkungen der kapitalistischen Ausbeutungsmöglichkeit nicht beeinträchtigt werden dürfte.

Der in sozialpolitischer Arbeit geschärfte Sinn der Gewerkschaften für die Funktionen der Arbeiterklasse in der Produktion richtete sich erst später auf die Bedeutung der Produktion für die Bestimmung der Klasseninteressen in handelspolitischen Fragen. Wäre es richtig, daß alle Volkswirtschaft darauf hinauslaufen müßte, den Konsumumenten nur die billigsten Preise zu verschaffen, so müßte die Zeit einer Wirtschaftskrisis freudig begrüßt werden. Die Sehnsucht der Konsumenten gilt der möglichen Verbilligung der Preise; die Krise bringt sie, in der Regel allerdings neben Arbeiterentlassungen, Lohnkürzungen und anderen Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen. Um diesen Folgen der Krisen und ähnlicher Zustände entgegenzuwirken, schritten die Gewerkschaften zur Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeiter sollten in den Zeiten ungünstiger Konjunktur widerstandsfähig und gewappnet bleiben, nicht schwach werden in der Ablehnung von Zumutungen der Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung. Die positiven Funktionen wurden in ihren Folgerungen von den Gewerkschaften ausgebaut durch Schaffung und weitere Ausbildung der Tarifverträge. Zunächst ist der Inhalt der Tarifverträge, für begrenzte Perioden den Kampf ruhen zu lassen, und für diese Zeit vereinbarte Arbeits- und Lohnbedingungen zur gegenseitigen Anerkennung zu bringen. Aber ein noch höherer Gedanke liegt dem Tarifvertrag zugrunde. Dem Lohn wird eine Mindest-, der Arbeitszeit eine Höchstgrenze gesetzt, darüber hinaus wird gegen die Verkleinerung des Arbeitsproduktes, gegen die Schmutzkonkurrenz des Unternehmers ein Wall errichtet, das übereinstimmende Interesse an der soliden Grundlage, der Rentabilität eines Industriezweiges und das Interesse an der Qualitätsleistung befundet.

Das Gegenteil der Auffassung des Freihandels, das Gegenteil von dem System des Spiels der freien Kräfte tritt uns in den Zielen und Wirkungen des Tarifvertrages entgegen. Es sind die Grundzüge wirtschaftlicher Regelung und planmäßig höherer Entwicklung der Produktion. Hier sehen wir die Arbeiterklasse in Betätigung der Erkenntnis, daß die Gestaltung der Produktion die Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik bildet, und erkennen zugleich, daß es Billigkeit ist, den Arbeiter getrennt als Produzenten und Konsumenten anzusehen.

## Englische Kriegsfinanzen.

Der Finanzstatistiker Edgar Cranmond hielt am 3. Dezember in Newcastle einen Vortrag über englische Kriegsfinanzen. Er schätzte das Jahreseinkommen des ganzen britischen Reiches auf 4035 Millionen Pfund Sterling.

Land	2500 Mill. Pf. Sterl.
England	2500
Kanada	350
Australien	230
Südafrika	50
Neuseeland	55
Indien	700
Uebrige Kolonien	150

Insgesamt 4035 Mill. Pf. Sterl. Die Kriegsausgaben betragen im Durchschnitt täglich bis zum 6. November 3,8 Millionen Pfund; seit dem 7. November durchschnittlich 5 Millionen, wovon ein Drittel als Anleihen an die Kolonien und die Alliierten abgeht. Eine der Hauptursachen dieser anschwellenden Ausgaben war die Nachlässigkeit der Regierung, den Krieg finanziell vorzubereiten. Bei größerer Voraussicht würden 15 bis 20 Prozent der Kriegsausgaben erspart worden sein, das heißt eine Ersparnis von 250 bis 350 Millionen Pfund in den letzten 16 Monaten. Wenn England seine Staats- und Kriegsausgaben um 10 Prozent verringern und zugleich seine Produktion aufrechterhalten könnte, dann würde es eine jährliche Ersparnis von 1000 Millionen zu Kriegszwecken verfügbar haben.

## Ausland.

England.

Von den Genossenschaften. Das Wochenblatt der Arbeiterklasse in Gubbersfeld, der „Wortler“, behandelte kürzlich die etw. neue Frage der hohen Dividenden in englischen Genossenschaften. Es war während des Krieges und der ungenügenden Lenkung mancherorts die schlimmste Dividendenucht in den Genossenschaften. Die Folge davon ist vielfach, daß der Privathandel billiger lief. So hat eine Gewerkschaft an Hand eigener Statistiken nachgewiesen, daß z. B. am 26. Oktober im Durchschnitt Waren, die im Privathandel für 90 Pf. zu haben waren, in den Läden der Genossenschaft 25,10 Pf. kosteten. An andern Stützorten war das Ergebnis ähnlich.

Italien.

Ministerielle Wissenschaft. Die neuen Steuern und Sparmaßnahmen machen in Italien viel böses Blut. Neben der Verschärfung der kleinen Beamtengehälter und dem Portuallöcher wird vor allem die Preissteigerung des Salzes, das bekanntlich Staatsmonopol ist, drückend empfunden. Der Abgeordnete Pietravalla plädierte in der Kammer der neuen Salzverordnung bei und meinte: die ärztliche Wissenschaft habe jetzt erwiesen, daß Salz für das Volk keine physiologische Notwendigkeit sei. Es sei weder nahrungsmittel, noch desinifizierend. Der Abgeordnete Ferreri vertrat die Ansicht, daß allenfalls bei der Fleischmahlung Salz entbehrlich sein könne, die Kanne aber für das Volk doch kaum in Betracht. Bei der Genügsamkeit entschiede aber doch die Junge gegen die „ministerielle Wissenschaft“. Um diese Beleidigung der Pietravallischen These entschuldigen von allen Seiten, das trotz des Einschreitens des Kammerpräsidenten in einem allgemeinen Getöse endete.

## Deutsche Politik.

Steuersätze des mecklenburgischen Landtags. Der lediglich aus Gutbesitzern und Magistratsherren bestehende Landtag für beide Mecklenburg hatte statt des von der Strecker Regierung geforderten Steuerjahres von 100 Proz. (wie im Vorjahre) nur 80 Proz. bewilligt. Nachdem die Regierung aber erneut ihr Verlangen gestellt, hat jetzt der Landtag die Forderung auf 100 Proz. doch bewilligt.

## Verhandlungen der Budgetkommission der 2. Kammer.

14. Sitzung  
am Freitag, den 17. Dezember 1915 (nachmittags).  
Beratung des Voranschlages des Kultus und Unterrichts, hier der Anforderung eines außerordentlichen Zuschusses von 200 000 Mark zum Betrieb des Groß-Theaters in Karlsruhe.  
Der Vorsitzende verliest die Abschrift eines Schreibens des Stadtrats Karlsruhe an die Generalintendantin der Groß-Theatralen vom 16. d. M., worin der Stadtrat Karlsruhe sich vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses unter Verwahrung gegen jede rechtliche Verpflichtung bereit erklärt, die Hälfte des angeforderten Zuschusses auf die Stadt Karlsruhe

6.  
sidenz-  
Theater  
aldstr.  
Der  
mantel  
n drei  
ofessor  
müller  
von  
dthäsel  
te  
gs-  
te“  
to Afrikas  
Sahara  
ute  
gt  
in zwei  
n  
nlose  
d  
einem Akt  
chten  
pielers  
8959  
hen  
8779  
ise-  
und  
S  
le,  
ft.  
et in der  
kauf von  
ollmoss,  
i: fernst  
8961  
on.  
ke  
8957  
en-  
er.  
ste  
eise.



zu übernehmen unter der Voraussetzung, daß die Landstände die andere Hälfte bewilligen, das Hoftheater mit unterminderten Leistungen weiterbetrieben werde und die Staatskasse der Stadt Karlsrube zur Bestreitung ihres Zuschusses ein unverzinsliches Darlehen von 100 000 M. gewähre, über dessen Rückzahlung nach dem Kriege besondere Vereinbarung getroffen werden solle. Der Stadtrat äußert gleichzeitig den Wunsch, daß bei dieser Vereinbarung auch die Frage geregelt werde, ob nicht das Hoftheater sein Personal zu Volkstheateraufführungen im städtischen Konzerthaus zur Verfügung stellen möge.

Der Minister des Kultus und Unterrichts spricht sich unter Bezugnahme auf seine Ausführungen in der früheren Sitzung in erster Reihe für die Bewilligung des ganzen angeforderten Zuschusses aus, erklärt aber, die Regierung werde, falls diese Anforderung von der Mehrheit der Kommission nicht genehmigt werde, auch auf das Anerbieten des Stadtrats Karlsrube eingehen.

Mehrere Mitglieder sind gegen jeden staatlichen Zuschuß zum Hoftheater, einige mit der Begründung, daß die Bestreitung des Aufwandes Sache der Zivilisten sei. Andere halten dafür, daß die Stadt Karlsrube, die den größten Vorteil vom Hoftheater habe, den zum Weiterbetrieb erforderlichen Beitrag leisten müsse. Sie verweisen darauf, daß Karlsrube jahrzehntlang die Annehmlichkeiten eines vorzüglichen Theaters genossen habe, ohne irgend welche Aufwendungen dafür zu haben, während andere Städte für ihre Bühnen seit langem recht erhebliche Opfer zu bringen hätten. Wenn der Stadt Karlsrube an ihrem Hoftheater so wenig liege, daß sie das zur Aufrechterhaltung des Betriebes ihr angebotene Opfer nicht tragen wolle, hätten die Landstände noch weniger Veranlassung hierzu.

Ein Redner bestreitet, daß Karlsrube zu einem Zuschuß an das Hoftheater verpflichtet sei. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß die Stadt Karlsrube gegenüber anderen Städten von Anfang an dadurch im Nachteil gewesen sei, daß sie keinen eigenen Grund und Boden besitze und infolgedessen im Laufe der Zeit über 20 Millionen Mark für Grundbesitz habe erwerben müssen. Diese Summe sei zum größten Teil dem Staats- und Hofdomänengrundbesitz zugeflossen. Gegenüber dem Hinweis auf die Aufwendungen anderer Städte für ihre Theater sei hervorzuheben, daß Karlsrube mit einem Aufwand von 1 1/2 Millionen Mark ein eigenes Krankenhaus habe erbauen müssen, wogegen Freiburg und Heidelberg in der angenehmen Lage seien, staatliche Krankenhäuser benutzen zu können. Uebrigens habe die Stadtverwaltung auf die Hofbühne gar keinen Einfluß. Freilich stehe zu erwarten, daß es über kurz oder lang zu einer Vereinbarung zwischen der Zivilisten und der Stadt Karlsrube kommen werde, aber es sei unbillig, im jetzigen Augenblick, wo Karlsrube infolge des Krieges in schwieriger Lage gerate und zu einer bedeutenden Umlagerung gezwungen sei, plötzlich mit einer solchen Anforderung an die Stadt heranzutreten.

Gegenüber dem Vorschlag eines Mitgliedes, den Fehlbetrag des Hoftheaters auf den Grundbesitz der Zivilisten zu übernehmen, macht der Finanzminister darauf aufmerksam, daß die Deckung des Fehlbetrags mit Mitteln des Grundbesitzes der Zivilisten nicht zulässig sei. Nach Artikel 3 des Zivilistengesetzes sei der Zivilistengrundbesitz ebenso wie der Hofdomänengrundbesitz unentziehlich, was so zu verstehen sei, daß sie in ihrer Substanz nicht verändert werden dürfen. Wenn Grundstücke der Zivilisten veräußert würden, sei daher der Erlös entweder bei der Amortisationskasse verzinlich anzulegen oder in Form immobilier Werte durch Wiedererwerb von Liegenschaften, Gebäuden usw. dem Zivilistengrundbesitz wieder zuzuführen. Der Herr Finanzminister betont ferner, daß es sich bei der Anforderung nicht um die Deckung des bereits entstandenen Fehlbetrags handle, — diesen habe die Zivilisten auf sich genommen — sondern die Anforderung der 200 000 M. sei lediglich dazu bestimmt, den Weiterbetrieb des Hoftheaters für die beiden Jahre 1916 und 1917 zu ermöglichen.

Von verschiedenen Seiten wird die Genehmigung des angeforderten einmaligen Zuschusses von 200 000 Mark mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Kriegszeit und auf die Aufgaben, welche die Hofbühne auf dem Gebiet der Kunst zu erfüllen habe, befürwortet. Auch wird hingewiesen auf die unliebsamen Folgen einer etwaigen Ablehnung des Zuschusses durch den Karlsruber Bürgerausschuß und auf die Schwierigkeiten, die sich unter Umständen aus der Verkaufsforderung des Anerbietens des Stadtrats ergeben könnten. Auch die Mitglieder geben der Erwartung Ausdruck, daß später eine Vereinbarung zwischen der Fremden der Zivilisten und der Stadt Karlsrube über den Beitrag der Stadt zu den Kosten der Unterhaltung der Hofbühne zustande kommen werde.

Eine Reihe weiterer Mitglieder hätte zwar gleichfalls größeres Entgegenkommen seitens des Karlsruber Stadtrats erwartet, empfinden aber im Hinblick auf die gegenwärtige schwierige Lage der Stadt Karlsrube, auf das Angebot des Stadtrats einzugehen und demgemäß einen Zuschuß von 100 000 Mark zu bewilligen und zu genehmigen, daß der Stadt Karlsrube aus der Staatskasse ein unverzinsliches Darlehen von 100 000 Mark zur Bestreitung ihres Zuschusses gewährt werde.

Der Minister des Kultus und Unterrichts legt nochmals die Gründe dar, die für die Aufnahme der Anforderung in den Voranschlag maßgebend gewesen sind. Die Regierung habe jegliche Abnahme einer Erhöhung der Zivilisten auf diesem Wege fernzulegen. Die Zivilisten habe ihre Verpflichtungen zur Unterhaltung des Hoftheaters erfüllt, bis sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sei. Jeder billige Denker müsse zugeben, daß sie in dieser Beziehung ihrerseits schon große Opfer gebracht und nicht mehr leisten könne, wenn sie ihren anderen Anforderungen gerecht werden wolle. Die Frage sei, daß die Hofbühne vor der Einstellung ihres Betriebes stehe. Für den Landtag handle es sich einzig und allein um die Frage, ob man diese Katastrophe mit allen ihren Folgen eintreten lassen wolle oder ob es nicht vielmehr geboten ist, dies zu verhindern. Die Regierung habe den Staat zur Hilfeleistung für moralisch verpflichtet gehalten, einmal aus sozialen Gründen, weil durch die Einstellung des Betriebes viele Familien in größte Not gerieten, und sodann weil es von hohem und allgemeinem Interesse sei, zu verhindern, daß ein Kunstinstitut wie das Karlsruber Hoftheater, dessen Bedeutung weit über die Grenzen des Landes hinausreiche, durch eine auch nur vorübergehende Einstellung seines Betriebes von seiner gegenwärtigen Höhe herabstürze. Wenn heute die Künstler, Musiker wie Sängern, entlassen würden, werde es lange dauern, bis nach dem Kriege der jetzige künstlerische Stand wieder erreicht werden könne. Auch bei der Darmstädter Hofbühne habe es sich um dieselben Fragen gehandelt. Die Regierung halte es nach wie vor für wünschenswert, daß der Landtag selbst den vollen Zuschuß von 200 000 Mark bewillige, schon deshalb, weil infolge der noch ausstehenden Zustimmung des Karlsruber Bürgerausschusses keine Sicherheit für die Beitragsleistung der Stadt Karlsrube geboten sei. Von einer Zurückziehung der Anforderung könne schon deshalb keine Rede sein, weil dann die Regierung dem heute schon angebotenen Vorwurf sich aussetzen würde, ohne zwingende Gründe mit ihrer Anforderung an die Stände heranzutreten zu sein.

Bei der schließlichen Abstimmung wird die Voranschlagsforderung von 200 000 M. mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt, dagegen der fürsorgliche Antrag auf Bewilligung eines Zuschusses von 100 000 M. an das Hoftheater und auf Gewährung eines unverzinslichen Darlehens von 100 000

Mark an die Stadt Karlsrube zur Bestreitung ihres Zuschusses mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen. Damit ist der gesamte Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts angenommen.

### Tagesbericht der obersten Heeresleitung

W.W. Großes Hauptquartier, 20. Dezember (Amtlich)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Das Feuer unserer Küstenbatterien vertrieb feindliche Monitore, die gestern nachmittag Westende beschossen.

In der Front neben lebhafter Artillerietätigkeit mehrere erfolgreiche Sprengungen unserer Truppen. Eins unserer Flugzeuggeschwader griff den Ort Koperinghe an, in dem zahlreiche Verbindungen des Feindes zusammenliefen. Ein englischer Dampfer wurde im Luftkampf bei Brügge abgeschossen. Die Infanterie sind tot.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

#### Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei den Kämpfen nordöstlich der Tara sind, wie nachträglich gemeldet wird, drei Gebirgs- und zwei Feldgeschütze erbeutet worden. Western fanden bei Moko-bac weitere für die österreichisch-ungarischen Truppen günstige Kämpfe statt. Mehrere hundert Gefangene wurden eingebraut. — Von den deutschen und bulgarischen Geesreiteilen nichts Neues.

#### Oberste Heeresleitung.

### Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 20. Dez. (W.W. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart, 20. Dezember, mittags.

#### Russischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

#### Südbölicher Kriegsschauplatz.

Die Truppen des Generals Koebech erfuhrten die stark ausgebauten feindlichen Stellungen im Karafnie und südwestlich von Belpozje und bei Godusa nördlich von Berane. In den Kämpfen an der Tara wurden drei Gebirgskanonen, zwei Feldkanonen und 1200 Gewehre erbeutet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschallleutnant.

### Der Krieg mit Italien.

#### Oesterreichischer Bericht.

An der ganzen Front Artillerietätigkeit, die sich nur im Chiasso-Abchnitt und im Gebiet des Col di Lana zu größerer Heftigkeit steigerte.

### Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

#### Die Entente-Truppen in die Flucht geschlagen und bei Ari Burnu ans Meer gedrängt.

#### Unermehliche Kriegsbente.

Konstantinopel, 20. Dez. (W.W. Nicht amtlich.) Der Berichterstatter der „Agence Mill“ an den Dardanellen meldet: Seit gestern begannen die türkischen Truppen bei Anaforta und Ari Burnu mit dem allgemeinen Angriff. Unser Artilleriefeuer brachte dem Feinde schwere Verluste bei. Die Soldaten, die seit Monaten auf diese Offensive warteten, schlugen den Feind vollständig in die Flucht und erreichten bei Ari Burnu das Meer. Die Beute ist unermeßlich groß. Infolge dichten Nebels gelang es dem Feind zu entkommen, ohne viele Gefangene zurückzulassen.

#### Ein griechisch-französischer Zwischenfall.

Konstantinopel, 20. Dez. Wie wohl die griechischen Truppen aus Saloniki entfernt worden sind, behalten sie das Stadt beherrschende Fort Karaburnu besetzt. Die Franzosen aufrichteten zweimal den Wunsch, ihnen dieses Fort zu übergeben, was die Griechen jedoch ablehnten. Am letzten Freitag näherte sich eine stärkere französische Patrouille Karaburnu. Da auf Anruf die Franzosen nicht stehen blieben, eröffnete das Fort das Feuer, worauf sich die Patrouille fluchtartig zurückzog. (Erf. Blg.)

#### Die Flotte der Entente in der Straße von Dtranto.

Athen, 20. Dez. Nach einer Meldung aus Korfu suchten zwei Schiffe ohne Flagge, die aber als italienische erkannt wurden, in Begleitung eines Kreuzers, ebenfalls ohne Flagge die Bucht von Korfu und Küsten von Epirus ab. Reisende aus Brindisi melden, daß dort ein starkes Geschwader der italienischen Flotte liegt. Außerhalb Chimara wurden achtzehn kleine und große Kriegsschiffe, teils englische, teils französische, gesichtet.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Dezember.

#### Im Bundesrat: Staatssekretäre Deibred und Helfferich.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 11,20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Beschlusses über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne.

Auf Antrag des Abg. Bassermann (nack.) findet bei § 1 Generaldebatte mit Besprechung der vorliegenden Resolutionen statt.

Abg. Dr. David (Soz.):

Dieses Gesetz soll lediglich einen vorbereitenden Schritt für eine allgemeine Vermögensbesteuerung darstellen,

deren Vorlage für den März nächsten Jahres zu erwarten ist. Diese Gewinnsteuer soll den Charakter einer Abgabe zum bestehenden Reichssteuerungsgebot erhalten. Die Besteuerung der Gewerbetreibenden entspricht einem alten sozialdemokratischen Antrag. Die dabei bestimmte Doppelbesteuerung von Gesellschaften und Personen ist moralisch durchaus gerechtfertigt. Das Gemälde, Kunstgewerbe usw. zur Besteuerung herangezogen werden, erfüllt uns mit Genugtuung. Auch die Landessteuern müssen zur Gewinnsteuer beitragen. Die Steuerpflicht des Kindeserbes darf unter keinen Umständen wieder beseitigt werden. Wir würden der Regierung die schärfste Probe auferlegen müssen. Das Budget des Reiches kann angesichts der Ausfälle bei Post und Eisenbahn ohne neue direkte Steuern nicht ins Gleichgewicht gebracht werden. Das englische Budget sieht eine Erhöhung der direkten Einkommensteuer, Grundbesitzsteuer usw. vor. Dazu kommt eine Kriegsgewinnsteuer. Das sollte uns zum Verstande dienen. Es wäre wohl möglich, einen neuen Wehrbeitrag anzufügen. Man könnte ihn ja Kriegsbetrag oder Ehrenpflichtbeitrag nennen. (Sehr laut!) Auch wir wollen lieber Not als den Feindes Gedult! Nur haben die Reichs und nicht gelernt, ihre Lebenshaltung einzuschränken; zunächst wäre eine Monopolisierung der Vergewerke, Verzierungen usw. ins Auge zu fassen. Verhängnisvoll wäre jedoch ein Bilanzierung des Staats durch indirekte Steuern.

Staatssekretär Helfferich: Die Gegenwart drängt uns mit so vielen Aufgaben, daß wir nicht über Zukunftspläne sprechen können. Das vorliegende Gesetz soll verhindern, daß Kriegsgewinne ohne Kontrolle in die Hände der Bevölkerung fließen, die die Besteuerung entgegen zu nehmen. Mit einer kolossalen steuerlichen Belastung rechnen wir alle, gleichviel, was die Kriegsentlastung bringen wird. England hat zu Beginn des Krieges der Zukunft gedacht, daß auch dieser Krieg, wie die früheren englischen Kriege durchzuführen werden könne. Das war eine Täuschung. Die Politik, die Kriegsschichten durch Steuern aufzubringen, ist in England gescheitert. So hoch auch die im England veranschlagten Summen sind, so reichen sie gerade, um die Kosten der Kriegsanleihen zu decken. Zu den Kriegskosten selbst liefern sie keinen Beitrag. Das haben wir uns vorher gesagt. Die englische Behauptung, Deutschland sei überhaupt nicht in der Lage, Geld anders auszugeben, als auf dem Wege des Kredits, ist unrichtig. Zur Aufrechterhaltung des Budgets brauchen wir keine neuen Steuern. Beim es aber sein muß, so werden wir in die Lage gezwungen. Auch auf dem Gebiete der Steuern. Der Patriotismus des deutschen Volkes läßt sich nicht nach Fragen des Geldes richten. (Sehr richtig!) Umzingelt ist, daß das englische Steuersystem sozialer ist. Namentlich werden die Kommunen neue Steuern brauchen. Das öffentliche Leben muß nicht als Ganzes angesehen werden. Der Opferwille des kleinen Mannes hat sich gerade bei den Kriegsanleihen gezeigt. Er hat sich das Brot und die Butter vom Tische abgespart, um nur Zeichen zu setzen. Es ist eine Gerabehaltung zu sagen, daß nur die bloßgelegte Vergütung angezeigt habe (Proble!) Jedermann bei uns ist der Ansicht, daß der Krieg durchgehalten werden muß. Wir den Kosten werden wir uns befassen, wenn der Krieg darüber ist. Wir werden dann aus Patriotismus nicht nur Anleihen zeichnen, sondern auch Steuern zahlen. Sooft man man tagtäglich an der Zukunft des deutschen Volkes verzagen. (Lobhafter Beifall.)

Abg. Stresemann (nack.): Wir wollen dem Staatssekretär danken, daß er nicht nur an den Patriotismus appelliert, sondern auch durch die gute Verzinsung der Anleihen die Einschränkung geschäftlicher Verluste ermöglichte. Bäre das Vertrauen zur Regierung nicht getrübt, so hätte auch eine Verzinsung von 10 Prozent nicht gehandelt. Wir sind nicht abgeneigt, zu prüfen, ob der Wehrbeitrag weiter erhoben werden kann, müssen aber auch die Bundesstaaten in die Lage versetzen, ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. Die Volkstimmung richtet sich nur gegen die Kriegsgewinne der Spekulanten.

Abg. Götting (F. So.): Wir stimmen der Vorlage zu, auch wenn gewisse Parteien nicht beizustimmen werden können. Die Mitglieder der rechtlichen Parteien sind tatsächlich eine Steuer schon während des Krieges, auch wenn die Ausrechnung erst später erfolgt. Eine Differenzierung der Steuerpflicht ist nicht möglich. Wir müssen das gesamte Vermögen und das gesamte Einkommen erfassen.

Abg. v. Brodhagen (kons.): Die ganze Frage der Kriegsgewinnsteuer darf absolut nicht als erledigt betrachtet werden. Wir können heute nur ein großzügiges Programm aufstellen. Die Steuer darf auch keinen vermögensformalistischen Charakter tragen. In der Fassung der Kommission können wir der Vorlage zustimmen. Die sozialdemokratische Resolution, die einen erneuten Wehrbeitrag vorschlägt, lehnen wir ab. Angenehm wäre es auch, eine Differenzierung des Beitrages der Steuerpflicht für Gewerbetreibenden zu erhalten.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Bei den Einkommenssteuern usw. wird der pro rata der Kapitalbeteiligung ausgedehnte Gewinn als Geschäftsgewinn der Gesellschaft angesehen.

Abg. Martin (So.): Es muß schnell eingegriffen werden, sonst fällt der Zweck der Kriegsgewinnbesteuerung überhaupt fort. Wir können uns freuen, daß unsere Kriegsausgaben zum allergrößten Teil im Lande bleiben. Die sozialdemokratische Resolution lehnen wir ab.

Abg. Frhr. v. Herrnsheim (Soz. Nat.): Der Abgeordnete David hat eine grundsätzliche Revision unserer Steuerpolitik verlangt. Zuerst sollte aber die Sozialdemokratie ihr Programm revidieren. Wie wäre es möglich gewesen, die allgemeinen Leistungen der Landwirtschaft zu erzielen, wenn man den Forderungen der Sozialdemokraten entsprechend das Schutzgeldsystem beseitigt hätte? Durch das Gesetz wird es erst möglich, auch die Kriegsgewinne aus dem ersten Kriegsjahre zu ziehen. Wenn es kommen wird zu einer Steuerpflicht der ausländischen Aktionäre, die bei dem Wehrbeitrag so gut davon gekommen sind.

Abg. Schiffer (nack.): Es muß unbedingt dahin gestrebt werden, den unmoralischen Kriegsgewinn zu treffen. Geht es nicht auf dem Wege der Steuer, dann auf dem Wege der Justiz.

Staatssekretär Dr. Lisco: Es ist außerordentlich sympathisch, alle Fälle zu sammeln, wo unklare Nachforschungen oder übermäßige Gewinne vorliegen und diese Gewinne für das Reich nutzbar zu machen, sei es durch Herausgabe der Beträge oder auf dem Wege des Abzweckens. Jedenfalls werden wir der Resolution nach Möglichkeit entsprechen.

Stellvertreter des Kriegsministers v. Wangel: Ich muß der Ansicht entgegenstellen, als ob die Zahl der unklaren Gewinne bei Heereslieferungen außerordentlich groß wäre.

Abg. Gröber (Zentr.): Der Gedanke der Resolution ist an sich sympathisch. Es muß aber verstanden werden, daß die Einziehung der Gewinne als das Ziel des Strafverfahrens hingestellt wird. Die Einziehung darf nicht die ethische Bedeutung einer Strafe annehmen.

Abg. Goh (Soz.): Soll nicht Verurteilung in die Massen der Arbeiterbevölkerung hineingetragen werden, so muß man sich schon jetzt entscheiden, entweder für die direkten oder indirekten Steuern. Es sollte ausgeschlossen werden, daß nicht daran gedacht werden kann, die arbeitende Bevölkerung mit neuen indirekten Steuern zu belegen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Gerade der Abg. Goh ist es, der Verurteilung in die Bevölkerung hineinträgt. Die einzige Steuer, die bisher genannt werden konnte, bedeutet nicht anderes als eine außerordentlich erweiterte verfallene Reichsvermögensgewinnsteuer, wie sie in keinem anderen Lande



fiert. Ich habe das Vertrauen zum deutschen Arbeiter, das God nicht zu haben verdient, daß er, wie im Schützengraben neben dem Unteroffizier und Leutnant, auch später seine Pflicht für das Vaterland tun wird. (Sehr gut!) An eine Verheerung der notwendigen Lebensmittel werden wir während des Krieges gewiß nicht herankommen. England hat Tee, Zucker, Kaffee, Wermelade außerordentlich hoch bepreist. Sorgen Sie dafür, daß keine Preisverhöhung erfolgt, so daß man, wenn wir mit neuen Vorkäufen kommen, diesen ein ruhiges und besonnenes Urteil entgegenbringen. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir müssen alles vermeiden, was den Eindruck erweckt, als ob man der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft Vorwürfe machen könne. Alle haben sich große Verdienste erworben. (Beifall.)

Abg. Mumm (F. Sp.): Gegenüber der Einmütigkeit, durchzuhalten bis zum völligen Siege und der Volksteuer, die im Felde gezahlt wird, treten unsere geringfügigen Aufwendungen zurück.

Abg. Dr. David (Soz.): Unüberwindlich sind die Schwierigkeiten für die Vorbereitung eines neuen Wehrbetrags keineswegs. Damit schließt die Generaldebatte. Es folgt die Spezialberatung.

Abg. Koch (Soz.): Wenn wir, ohne eine entsprechende Resolution gefaßt zu haben, auseinandergehen, so kommt uns die Regierung sicher mit neuen indirekten Steuern. In dem Staatskredit ist es die Bevölkerung zu beruhigen. Schwere er, so müssen wir dem Volk die Wahrheit sagen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es bleibt dabei, die einzig feststehende Steuer ist eine weitgehende Vermögenssteuer, die eine soziale Belastung des Besitzes und Vermögenszuwachses bedeutet, wie sie in keinem andern Land existiert. (Bravo!) Das ist das einzige, was heute feststeht. (Bravo!) Ich kann dem Hause nichts mitteilen, weil die verbündeten Regierungen noch nichts beschlossen haben. Wenn Sie hinausgehen in das Volk, so unterrichten Sie auch, daß wir notwendige Lebensmittel entlastet und nicht belastet haben. Sie werden auch weiterhin nicht belastet werden. Auf eine weitere Erörterung kann ich mich aber nicht einlassen. Die gegenwärtige Situation macht es notwendig, daß diese Dinge nicht aufgeregt oder im Geiste der Agitation behandelt werden, sondern, daß unserer Bevölkerung klar gemacht wird, daß ebenso wie in andern Ländern es unmöglich sein wird, allen Ansprüchen aus einer Steuerquelle zu genügen. Wir müssen alle die rechtlichen Körperschaften, Einzelwesen und Kommunen lebensfähig erhalten auch über den Krieg hinaus. Ich muß die Herren bitten, sämtliche noch zu erörternden Vorlagen als Ganzes zu betrachten, dann werden sie richtig gewürdigt werden können.

Nach weiterer kurzer Debatte wird § 1 der Vorlage einstimmig angenommen. Die übrigen Teile der Vorlage werden nach kurzer Erörterung angenommen. Angenommen werden auch die vorliegenden Resolutionen. Abgelehnt wird jedoch die sozialdemokratische Resolution über den neuen Wehrbeitrag.

Auf Antrag findet sofort die dritte Lesung statt. Das Gesetz wird ohne wesentliche Debatte in dritter Lesung definitiv angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über Kriegsgeldgaben der Reichsbank.

Abg. Reil (Soz.) begründet einen Antrag, den ganzen Reingehinn der Reichsbank für die Kriegskosten in Anspruch zu nehmen.

Reichskanzlerpräsident Habenstein bittet dringend, es bei den Beschlüssen der Kommission zu belassen.

Nach kurzer, unerschütterlicher Debatte wird die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen in zweiter Lesung und sofort auch in dritter Lesung endgültig angenommen.

Darauf tritt Veratung ein.

Nächste Sitzung: Morgen vormittag 11 Uhr: Kleine Anfragen und Nachtragsset. — Schluß gegen 6 Uhr.

**Die Frage der Vertagung im Seniorenkongress.**  
Berlin, 20. Dez. Der Seniorenkongress des Reichstags trat heute vor Beginn der Plenarsitzung zusammen. Es wurde die Frage erörtert, ob durch Ansetzung einer zweiten Sitzung für den heutigen Tag die dritten Lesungen der auf der heutigen Tagesordnung stehenden Gesetzesentwürfe, sowie die zweite und dritte Lesung des Nachtragsset über den Wehrbeitrag erledigt werden sollen, damit die Wehrbeitragssatzung heute schon ihren Anfang nehmen könnte. Da eine Einigung in dieser Frage nicht erzielt werden konnte, wird morgen noch eine Plenarsitzung stattfinden, dann soll die Vertagung bis zum 11. Januar 1916 erfolgen. (WZ. Nicht amtlich.)

**Neue kleine Anfragen des Abgeordneten Liebkecht.**  
All. Berlin, 20. Dez. Im Reichstage sind drei neue kleine Anfragen des Abg. Liebkecht zur Verteilung gelangt. Der Inhalt läßt darauf schließen, daß sie jedoch ohne Zustimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebracht worden sind.

**Badischer Landtag.**  
(2. öffentliche Sitzung.)  
Karlsruhe, 20. Dezember.

Präsident Mohrhuber eröffnet um 4.16 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstische: Staatsminister Frhr. v. Dufsch, Minister Dr. Frhr. v. Bodman, Minister Dr. Rheinboldt, Minister Dr. Hübsch und Regierungskommissäre.

Nach Anzeige neuer Eingänge erhält das Wort Abg. Kopf (Zentr.) zur Stellung einer kurzen Anfrage dahingehend, ob die Großh. Regierung gewillt und in der Lage ist, der nach Friedensschluß zu erwartenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Finanzminister Dr. Rheinboldt wies in seiner Beantwortung darauf hin, daß er schon in seiner großen Finanzrede diese Frage gestreift. Der Etat für 1916/17 enthalte Neubewilligungen im Gesamtbetrag von 30 895 000 M., wozu die aus den letzten Jahren übergehenden Kreditreste in Höhe von 37 951 000 M. kommen. Zur Beschäftigung von Industrie und Handwerk stehe somit die Summe von 77 846 000 M. zur Verfügung. Durch die Bereitstellung dieser Summe ist reichliche Arbeitslosigkeit geschaffen, wodurch einer Arbeitslosigkeit wirksam vorgebeugt werden kann. Alle Projekte für staatliche Bauten sind so vorbereitet, daß alsbald nach Beendigung des Krieges mit ihrer Ausführung begonnen werden kann. Ist der Krieg zu Ende, so werden uns die ausländischen Arbeiter bereit stellen und ein großer Teil der im Heeresdienst stehenden Arbeiter wird nicht unmittelbar nach dem Kriege bei uns erscheinen, da ein größerer Teil unserer Truppen in den okkupierten Gebieten festgehalten werden wird. Die Gefahr eines Arbeiter mangels wird deshalb nach dem Kriege größer sein, wie vielleicht die einer Arbeitslosigkeit.

Abg. Welzer (Zentr.) stellt eine kurze Anfrage dahingehend: Ist der Großh. Regierung bekannt, daß auf dem Lande ein größerer Mangel an Ärzten besteht?

Minister Dr. Frhr. v. Bodman erwidert, daß die Bezirksämter schon seit geraumer Zeit angewiesen worden seien, der Frage ihrer Augenmerk zuzuwenden. Nach der nun gestellten Anfrage hat die Großh. Regierung durch die Bezirksämter neue Erhebungen veranlaßt, die allerdings bei der kurzen Zeit noch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. Von 30 Bezirksämtern haben 20 über einen Ärztemangel nicht zu sagen, drei stellen eine Ärztlage fest, ein Bezirksamt berichtet über einen

füßbaren Ärztemangel und fünf Ämter bemerken, daß in einzelnen Teilen Ärztemangel herrsche, der aber teilweise schon in Friedenszeiten (z. B. im Hohenwald) bestehe. Nach diesen Erhebungen kann auf jeden Fall von einem größeren Ärztemangel nicht gesprochen werden.

Abg. Hübsch (N. B.) fragt bei der Regierung an, ob es ihr bekannt sei, daß in andern Bundesstaaten Landsturmlaute über 45 Jahre von der Front zurückberufen und im Lande verwendet werden.

Minister Dr. Frhr. v. Bodman: Diese Anfrage gehört in den Geschäftsbericht des Kriegsministeriums. Im Benehmen mit den militärischen Behörden kann ich erwidern, daß unter dem 6. November eine Verfügung an die Armeekommandos ging, zum Zwecke der Erleichterung der älteren Landsturmjahrgänge ein Landwehrbataillon ist auf dem Militärarchiv; ältere Leute werden zurückgezogen und durch jüngere ersetzt.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

Präsident Mohrhuber macht einige geschäftliche Mitteilungen; in 14 Sitzungen hat die Budgetkommission den Staatsvoranschlag beraten. Wir werden nun in die allgemeine Beratung des Staatsvoranschlags eintreten, in der von jeder Fraktion möglichst nur ein Redner sprechen soll. Bei der Einzelberatung sollen nur die Berichterstatter das Wort erhalten.

**Allgemeine Beratung des Staatsvoranschlags.**  
Abg. Kopf (Zentr.) widmet zunächst dem verstorbenen Kultusminister Dr. Böhm Worte ehrenden Gedenkens und begrüßt dessen Nachfolger Dr. Hübsch, dem er eine erfolgreiche Tätigkeit wünscht. Redner gedenkt der Toten unserer tapferen Truppen und bespricht Steuerfragen, wobei er den erneut aufzuhebenden Gedanken der Einführung direkter Reichssteuern zurückweist. Das Reich, das gewiß große Mittel benötige, müsse sich andere Quellen (Monopole) suchen. Aber, was auch kommen mag, wir werden durchhalten und wenn selbst größere Kredite angefordert werden sollten, werden wir sie freudig bewilligen. Der Redner kam auf verschiedene Fragen zu sprechen. Die kirchenpolitische Frage hat uns in erster Linie interessiert. Das katholische Volk hat Schüller an Schüller mit den übrigen Volksgenossen gekämpft und würde eine Zurücksetzung in künftigen Friedenszeiten schwer empfinden. Wenn das deutsche Volk auch moralische Erfolge erringen will, muß es allen Kreisen freie Bahn schaffen zu freudiger Mitarbeit.

Abg. Rebmann (Nat.) gedenkt gleichfalls des Ministers Dr. Böhm; seinem Nachfolger wünscht er eine lange und gesegnete Arbeit. Die direkten Steuern müssen den einzelnen Staaten bleiben, sie sind das Rückgrat unserer ganzen staatlichen Existenz. Zur Frage der Reichseisenbahnen äußerte der Redner, daß unsere Eisenbahnen den Anforderungen des Krieges genügt hätten und dennoch die Organisation eine gute ist. Wir stehen auf dem Standpunkt der Regierung. Dem inneren Frieden bringen wir gerne ein Opfer unserer Überzeugung, wer aber den inneren Frieden stört, gegen den werden wir uns energisch wenden. Redner schloß mit Worten des Dankes an alle an der Front; er gedachte der Hinterbliebenen der Gefallenen und der reichen Liebesgaben. Unser Volk habe die furchtbare Zeit verstanden. Unsere Feinde können unsere Kanonen und Schiffe nachmachen, aber mit dem Geist, der im deutschen Volk wirkt und in dem wir diesen Krieg führen bis zum siegreichen Ende.

Abg. Reil (Soz.): Den Worten der Anerkennung für den verstorbenen Unterrichtsminister Dr. Böhm können wir uns anschließen. Nach wir kamen unseren tapferen Soldaten und ihren geliebten Führern für das Große, das sie geleistet haben. Besonderen Dank schulden wir den Helfern, die ihr Leben für das Vaterland geopfert haben.

Unsere Finanzlage ist trotz des großen Defizits keine beunruhigende. Es ist zu hoffen, daß wir nach dem Kriege bald wieder in geordnete Verhältnisse kommen. Im Hinblick auf die scharfen Eingriffe, welche der Krieg in unser Wirtschaftsleben gemacht hat, ist das finanzielle Engpässe unserer Eisenbahnen erklärlich. Dank vor allem auch der Hingabe unseres Eisenbahnpersonals. Mit der Einführung direkter Reichssteuern wird man wohl in der einen oder anderen Form noch müssen. Ich gebe zu, daß man auf diesem Gebiete nach dem Kriege mit größerem Nachdruck messen muß, wie vor dem Kriege. Man darf nicht vergessen, daß unser deutsches Kulturleben in dem föderativen Charakter des Reiches verankert ist und daß deshalb die Einzelstaaten zur Lösung der ihnen obliegenden Kulturaufgaben der direkten Steuern bedürfen. Mit Steuern allein ist auch der Reichsbedarf nach diesem Kriege nicht aufzubringen. Man wird und muß zu Monopolen seine Zuflucht nehmen.

Zu den politischen Fragen bemerkte ich: Was die Jesuiten- und Massenfrage betrifft, so bleibt unser Standpunkt zu denselben der gleiche. Wir sind Gegner aller Ausnahmemaße. Das Prinzip der Staatschule halten wir unter allen Umständen hoch. Die Erklärung der Regierung über ihre Haltung gegenüber der Sozialdemokratie hat uns befriedigt. Wir können aber nicht zugeben, daß wir erst nach Ausbruch des Krieges eine vaterländische Haltung und Gesinnung betätigt hätten. Ich verweise auf meine ursprüngliche Erklärung auf früheren Landtagen. Daß es erst dieses blutigen Krieges bedurfte, um die Regierung und einen Teil unserer politischen Gegner von unserer vaterländischen Gesinnung zu überzeugen, ist nicht unsere Schuld. Wir können deshalb die Anerkennung der politischen Gleichberechtigung gegenüber unserer Partei nicht als Belohnung für unsere vaterländische Haltung betrachten, sondern sehen darin nur die Erfüllung einer von uns stets verfolgten Forderung.

Im übrigen haben wir nach wie vor zu unseren Idealen, für deren Verwirklichung wir auch in Zukunft kämpfen werden. Wir hoffen auf den Sieg der deutschen Waffen und für das deutsche Volk auf eine schöne bessere Zukunft. (Beifall.)

Abg. Hummel (F. V.): Die Erklärung der Regierung über ihre Stellung zur Sozialdemokratie haben wir begrüßt. Bei den Wünschen des Zentrums in kirchlichen Fragen stehen wir auf dem Standpunkt der Regierung, die diese Fragen nur lösen sollte unter Wahrung der Staatsautorität. Die bundesstaatliche Selbstständigkeit auf dem Gebiet der direkten Steuern darf nicht eingeleistet werden. Daß wir diesen Krieg freudig befechten, darüber herrscht an der Front nicht der geringste Zweifel. Rande durch den Krieg verursachte Maßnahmen wird in der Heimat zu tragen genommen. Trotz mancher Einschränkungen ist das wirtschaftliche Leben in der Heimat ein gesundes. Den Gedanken für den verstorbenen Minister Dr. Böhm schließen wir uns an; zu seinem Nachfolger haben wir das Vertrauen, daß er sein Amt mit Eifer und Umsicht durchzuführen wird.

Abg. Dörflinger (N. B.) stellt auf dem Boden der letzten Reichstages den Vorredner. Erinnert an die Zulassung der Arbeiter werden wir uns anschließen. Dem Voranschlag stimmen wir zu.

Staatsminister Dr. Frhr. v. Dufsch dankt für die dem Minister Dr. Böhm gewidmeten Worte und die freundliche Begrüßung für seinen Nachfolger. Allen begeisterten Worten für unser Heer schließt sich die Gr. Regierung an. Zu den rühmlichen Feuertaten des Reiches bedürfen wir nicht. Unserer Volksgenossen möchte ich ein großes Lob aussprechen für ihre Hingabe an den Krieges geistlichen Arbeit. Die kirchenpolitischen Fragen müssen wir unter dem Geist der Verbrüderung betreiben, wie das der Redner der Nationalversammlung getan hat. (Roge d. r.)

Geht, der heute in diesem Hause gesprochen hat, auch bei den späteren Finanzdebatten zutage treten.

Dienstag ist die allgemeine Beratung beendet. Das Haus vertagt sich auf Dienstag vormittag halb 10 Uhr zur Einzelberatung des Staatsvoranschlags. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

**Aus der Partei.**

**Ein Telegrammwechsel.**

Der französische Munitionsminister, Genosse Albert Thomas, erhielt aus Moskau folgendes Telegramm: „Die Versammlung der Arbeiterdelegierten der Stadt Moskau, die am 15. November stattfand, entbietet ihre Grüße an die französischen Kameraden und wünscht ihnen Erfolg in ihrer großen Aufgabe der Verjüngung der Armee mit allem, was ihr nötig ist, um in diesem ungeheuren Weltkrieg den Sieg des Rechts und der Gerechtigkeit zu erringen.“

Paul Nibuschinski, Präsident des Komitees für Militärarbeiten in Moskau.

Darauf antwortete Albert Thomas: „Im Namen der Arbeiter, die für die nationale Verteidigung kämpfen, dankt der Munitionsminister den Delegierten der Arbeiter der Stadt Moskau für die von ihnen ausgedrückten Gefühle. Er ist von der Hingabe der russischen Arbeiter überzeugt und rechnet auf ihre Mitwirkung, um ihren französischen Kameraden beizustehen, Waffen und Geschosse zu liefern, die den verzweigten Verbündeten in ihrem Kampfe für Recht und Gerechtigkeit den Sieg sichern werden. Albert Thomas.“

Es ist überflüssig, diesen Telegrammen etwas hinzuzufügen.

**Theorie und Praxis.**

Die „Berliner Tagwacht“ spielt seit Ausbruch des Krieges bekanntlich die Rolle des Sprachrohrs der „revolutionären“ Sozialisten. Wie das Blatt mitteilt, wird sie vom 1. Januar ab die Abonnenten-Versicherung einführen. Es geht doch nichts über die „Konsequenz“ der „prinzipienfesten Revolutionäre“.

Zu der Abstimmung über die Kriegskredite schreibt noch der „Vorwärts“: „Zu der Abstimmung in der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages sind noch von einigen Genossen, die durch Krankheit oder andere Gründe an der Anwesenheit bei der Abstimmung verhindert waren, dem Fraktionsvorsitzenden Erklärungen darüber zugegangen, wie sie gestimmt hätten, wenn sie der Fraktionsmitgliedschaft hätten beizutreten können. Danach haben insgesamt 66 Fraktionsmitglieder für, 43 gegen die Bewilligung in der Fraktion gestimmt. Es fehlt demnach nur noch von einem Fraktionsmitglied die Mitteilung über seine Stellungnahme.“

**Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nr. 26 des sieben-ten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der Stern — der Stern! (Ein Brief aus dem Winterwald.) Von Jürgen Brand. — Nichts Neues aus der Front! Von E. S. — Der Wehrnachschuß. Von E. S. — Wie ein See gefriert. Von Karl August Boges. (Mit Zeichnungen.) — Heißer Abend. Gedicht von Karl Bröger. — Von der Spielwarenindustrie. Von E. N. — Unter dem Christbaum. — Sinter den Nischen. Von Oskar Böhm (im Feld). — Der Wehrnachschuß. Gedicht von Gammertsdorf.

**Aus dem Lande.**

\* Eberbach, 20. Dez. Grobfeuer. Durch Feuer wurde die Holzschneiderei von A. Zimmer vollständig eingeebnet. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Umgebende Borräte und wertvolle Maschinen sind dem Brand zum Opfer gefallen. Der Parde- und Viehbestand konnte gerettet werden. Die Ursache des Brandes steht noch nicht genau fest; wahrscheinlich ist das Feuer durch Warmklauen einer Maschine entstanden. Das Werk hatte große Aufträge, weshalb der verursachte Schaden doppelt empfindlich ist.

\* Seilingzell bei Lahr. Vor einigen Tagen ist der hiesige Gemeindevorsteher Wilhelm Müller, der im Alter von 48 Jahren steht, schwer verunglückt. Er war im Gemeindevorstand Distrikt Leimart damit beschäftigt, Holz an den Weg zu schleifen, um bediente sich dazu eines Schützens. Dieser kam aber mit einer großen Last Holz in allzu raschen Lauf, Müller wurde dabei an einen Baum getrieben, und es wurden ihm beide Beine abgequetscht.

**Berichtszeitung.**

\* Karlsruhe, 20. Dez. Ein gefährlicher Schwindler ist der Kaufmann Karl Heinrich Richter aus Saalfeld, der wegen Betrugs schon wiederholt im Zuchthaus saß. Richter hatte sich in den letzten Monaten als ein Kunstmaler ausgegeben, der bis zum Kriegsausbruch in Zimmern gelebt habe und dann von den Russen festgenommen worden sei. Während seiner Internierung sei seine Frau und sein Kind gestorben. Schließlich sei er von den Russen ausgeliefert worden. Aufgrund dieser Erzählung wurde sich Richter von hochgestellten Persönlichkeiten in Karlsruhe, Darmstadt, Stuttgart, Amorbach u. a. Unterstützung zu verschaffen. Auch von den Gerichtsstellen des Reichs für das Deutsche Ausland in Heidelberg und in Karlsruhe verstand es Richter sich Beihilfe zu erwirken. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 1 Jahre 6 Monaten Zuchthaus.

**Gefallene Badener.**

**Den heldentod fürs Vaterland starben:**

Meister Otho Stolz von Durlach. Ernst Gäßner von Hohenwart. Off. Stellvert. Sanitätslehrer Christian Fahrer von Pforzheim. Emil Heißelbacher von Kirchheim bei Heidelberg. U. D. Josef Zahn von Schwetzingen. Seminarist Ewald Jourdant von Mannheim. Musik. Minorist Anton Umminger von Heßfeld. U. D. L. Julius Zeller von Bühl. Landsturmmann Maurer Joseph Brüderle von Obisbach. Kriegsfreiwilliger U. D. Willy Rothmund, Ritter des Eisernen Kreuzes von Offenburg. Friedrich Höger und Unterlehrer Rudolf Gänger von Lahr. Fliegerleutnant Hans Keitler, Ritter des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse, von Lörzach. Gren. Ernst Giesel von Rixen. August Rogg von Gremmling. Gren. Kaufmann Karl Dörflinger von Grundholz und Ref. Schlosser Fridolin Wolf von Säckingen.



Aus der Stadt.

Karlsruhe, 21. Dezember.

Butterangekäufe.

Vom Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen erhalten wir folgende Zuschrift: Die zur Zeit herrschende, aber vorübergehende Butterknappheit hat in breiten Volkskreisen eine Butterangst erzeugt, die zu ganz unbilligen Zuständen führt. An sich ist ja das Bestreben, sich die Butter für den täglichen Gebrauch rechtzeitig zu sichern, durchaus verständlich, weil sie im Haushalt, besonders in Norddeutschland, eine wichtige Rolle spielt, zumal jetzt, wo auch Fett und Margarine rar sind. Aber die Angst um die ausreichende Versorgung treibt viele dazu, (jedenfalls nur Wohlhabende. D. Red.), mehr Butter aufzukaufen, als sie zur Zeit brauchen. Auch für das Weihnachtsstudenbrot wird mit Eifer vorgejagt. Ueberall, wo der Butterverkauf im Gange ist, sind solche Mengenstücke dabei, um sich so viel wie nur möglich zu sichern. Die Butternot wird damit künstlich verschärft und schließlich jedermann gezwungen, auch wenn er seinen Bedarf einschränkt, den Kampf mitzumachen und sich mit je dem Tage früher an dem Buttergeschäft aufzuhalten. Dadurch wird eine Unmenge Zeit vergeudet und viel Ärger und Erbitterung angesammelt. Besonders hart trifft das die Frauen, die ihrem Erwerb nachgehen müssen. Wenn sie keine allzugroße Einbuße erleiden wollen, müssen sie denn die Kinder, die nun bei Wind und Wetter hundernlang warten und dabei ihre Gesundheit ruinieren. Es muß daher gesagt werden, daß jeder, der jetzt Butter über seinen augenblicklichen Bedarf hinaus aufkauft, sich in großer Weise an den Volksinteressen veründigt. Er verschärft dadurch nur die schwierige Lage auf dem Buttermarkt, während sie viel leichter und schneller behoben werden könnte, wenn jetzt der Butterkonsum von jedermann um ein geringes eingeschränkt würde. Es mag den Hausfrauen gewiß schwer fallen, hin und wieder einmal auf die Butter zu verzichten, aber sie handeln damit klüger, weil dann der jetzigen Butternot bald ihr aufreißender Charakter genommen und die normale Versorgung schnell wieder möglich sein wird. Von den Kommunalbehörden muß aber gefordert werden, daß sie schleunigst Butter- und Fettkarten einführen, um eine gerechte Verteilung der verfügbaren Ware zu ermöglichen. — Etwas, was wir schon längst verlangt haben.

Weihnachtsfeier der Arbeiter-Jugend. Ueberaus zahlreich war die Beteiligung der hiesigen Arbeiterschaft an der am letzten Sonntag stattgefundenen Weihnachtsfeier. Der Saal des „Auerhahn“ erwies sich als zu klein, jedoch leider viele Besucher wieder umkehren mußten. Ein erfreuliches Zeichen für das Interesse, das man trotz der Kriegszeit gerade der arbeitenden Jugend entgegenbringt. Unter freundschaftlicher Mitwirkung des Genossen Dr. Dieß als Festredner, der Gesangsvereine „Eintracht“ und „Brüderbund“ und einer Anzahl jugendlicher Vertreter der Arbeitervereine, die in allen Teilen harmonisch und würdig. Dr. Dieß hat in kompromisslosen Ausführungen der gegenwärtigen schweren Zeit und den daraus in Folge stehenden Gefahren gedacht und die Anwesenden aufgefordert, auch künftig gegenüber der Arbeiterbewegung die Treue zu bewahren und keine Pflicht zu erfüllen. Gesang- und Musikvortrüge, der ersten Zeit angereichte Rezitationen und turnerische Ausführungen sorgten für den unterhaltenden Teil. Jeder Mitwirkende steuerte zum guten Gelingen der Feier sein Bestes bei. Ein Freund der Jugend ermahnte es, den lieben Frauen sowohl wie den jugendlichen durch Ueberlassung von Weihnachtsgebäck noch eine hübsche Ueberlassung zu bereiten. Der Arbeiter-Jugend wärme zu wünschen, daß die wohlgeleitete Feier ihr neue Freunde auch unter den jugendlichen zuführen möge.

Na, Weihnachtsbäckerei. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß der hiesige Kommunalverband von der Reichsgetreidestelle in Berlin für den Monat Dezember nicht mehr Mehl zugewiesen bekommt, als wie in anderen Monaten. Auch die Haushaltungen erhalten über die Weihnachtszeit nicht mehr Mehl- und Brotcheine als wie in

den übrigen Zeiten. Eine sparsame Verwendung derselben ist angezeigt, damit sie zwischen Weihnachten und Neujahr in den Haushaltungen nicht ausgehen, und die betreffenden Personen für einige Tage ohne Mehl und Brot sein müssen.

Die Steuereinnahmehilfe Karlsruhe-Mühlburg betr. wird uns von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß die Steuereinnahmehilfe Karlsruhe-Mühlburg mit Wirkung vom 1. Januar 1916 an aufgehoben und mit dem Steuereinnahmehilfe Karlsruhe-Stadt (Kreuzstraße 11a) vereinigt wird.

Anfälle. Am 17. l. M. erhielt ein hiesiger Fuhrmann in einer Stallung in der Kronenstraße von einem Pferde einen Fußschlag in die linke Seite und trug eine Rippenquetschung davon. — Beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen kam am Samstag nachmittag in der Rheinstraße hier ein Bräutigam aus Magau zu Fall und erlitt Kopfverletzungen. — Am Sonntag vormittag zog sich ein Schiffer aus Weiskirchen auf einem im Rheinhafen liegenden Schiff durch Sturz in den unteren Schiffsräumen erhebliche Verletzungen an der linken Hand und an beiden Beinen zu. Sämtliche Verletzte fanden Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Hoftheater Karlsruhe.

„Lohengrin“. In drei Aufzügen von Richard Wagner. Richard Wagners Meisterwerke sind wieder zeitgemäß geworden. Nicht nur in jenem einfachen Sinn, daß die unter dichterischen Geisteskräften verflochtenen großdeutschen Wünsche des Komponiers durch die Zeitlage eine Auffrischung erfahren, oder daß, wie im Lohengrin etwa, sich Stellen im Wortlaut der Dichtung auf diese Lage anwenden lassen; z. B. wenn der Schwannenseiler dem König die Weisung gibt: „Nach Deutschland sollen noch in fernsten Tagen Des Ostens Horben stürzend immer ziehn“.

Beifallswürdige Künstler haben solche Stellen bisweilen aufdringlich in die Aufführung hineingelesen und erzielt damit des öftern den gewünschten Erfolg. Aber die Werke Wagners besitzen eine Zeitgemäßheit in höherem Sinn als Ausdruck deutschen Wesens und deutscher Eigenart. Man weiß nicht mit Unrecht darauf hin, daß die Kunst durch die Verflechtung mit deutschem Denken etwas mehr geworden ist, als bloß eine angenehme Beigabe zum Leben, ein Unterhaltungsmedium zur kurzweiligen Weile. In der Kunst spricht sich noch deutscher Aufschwung das ganze Wesen, die Gedankenwelt, das Wollen und Streben, die Gesinnung und Bildung eines Volkes aus. Darum ist uns die Kunst ein Volkstum, ein Heiligtum, ein „Geist“ unseres Stammes, zu dessen Schutz und Pflege sich alle zusammenfinden. Und nur, weil die Kunst so verwachsen ist mit unserem Innern, dessen Art sie widerspiegelt, sind auch die erhabenen Werke Wagners in so hohem Maße volkstümlich geworden. Sie verdienen unserer geheimsten Sehnen und Streben, sie halten uns den Spiegel des Hohen und Edlen vor und weisen uns auf ein Hoheziel, in dessen Verfolgung unser Herz seine Befriedigung findet. Somit verdient es Anerkennung und Zustimmung, daß man jetzt Wagner im Spielplan so häufig zu Wort kommen läßt, wie das hier trotz hinderlicher Umstände erfreulicherweise der Fall ist. Wir haben Lohengrin, Tristan, den Holländer, Lohengrin gesehen, und sogar die Meisterfingerring wird man der Ungunst der Umstände abtrotzen. Machen sich auch Mängel, die dem Krieg zur Zeit allen, fast bei jeder Aufführung bemerkbar, so doch die Öffentlichkeit doch eher geneigt, sie in Kauf zu nehmen, als gerade jetzt auf die Erhebung durch Wagnerische Musik zu verzichten, entsprechend dem Standpunkt jenes edlen Engländers, der sagte: „Ich will lieber einen schlechten Wein ertragen, als einen edlen Gedanken verlieren“. Es spricht für den dauerhaften Gehalt dieser Opernwerke, daß man in der Hingabe an die Kunst und den Stoff die Mängel der Darbietung gern übersehen. Bei Erwägung aller Umstände dürfen wir auch mit der morgigen Aufführung des „Lohengrin“ zufrieden sein. Herr Schäffler, dessen jugendlich-energievolle Auffassung des Lohengrin von der herkömmlichen etwas abweicht, gab die Hauptrolle mit feiner, in den drei Akten wohlklingender und ausdrucksvoller Stimme. Auf hoher Stufe stand das finkler Barock-Orchester, vertreten durch Herrn Büttner und die stimmgewaltigen Frau Palm-Cordes, die auch in der Darbietung die empfindlichste große Gewähr aufwies. So leistete sie im ersten Aufzuge, was das „stumme Spiel“ anlangt, geradezu Vorbildliches. Herr Finger als Elsa und Herr Keller geben ihr Bestes, ebenso Herr Gorkom, dem die Rolle des Oertruders nicht liegt. Auch dem Chor und der unsichtbaren Leitung des Orchesters durch Herrn Lorenz gilt der lebhafteste Beifall des Hauses. M.

„Volltheater. Festlich von Weingartners „Genesius“ wurde von dem Hoftheater zur Aufführung angenommen. Es ist be-

absichtigt, das Werk etwa im Februar 1916 zur Aufführung zu bringen.

Neues vom Tage.

Schadenfeuer.

London, 21. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Zwei große Schadenfeuer vernichteten gestern in Leith und Port Dundas Vorräte von Tee, Kaffee, Tabak und Whisky im Werte von 400 000 Pfund Sterling.

Zur Titanic-Katastrophe.

New York, 21. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Die White-Star-Linie hat eingewilligt, den Hinterbliebenen der Opfer der „Titanic“ 664 000 Dollars Schadenersatz zu zahlen; nur ein Fünftel des Betrages geht nach England.

Letzte Nachrichten.

Die Wunderheit der sozialdemokratischen Fraktion trennt sich von der Mehrheit.

Berlin, 21. Dez. Wie die „Berliner Morgenpost“ erfährt, hat in der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Anzahl von Mitgliedern der „Wunderheit“ angekündigt, daß sie bei der heutigen Abstimmung über die Kriegskredite die Forderungen ablehnen und ihre Abstimmung durch eine Erklärung begründen werden.

Genosse Haase hat den Vorsitz in der sozialdem. Fraktion niedergelegt.

Berlin, 21. Dez. Laut „Vorwärts“ hat am Schluß der gestrigen Fraktionssitzung Genosse Haase sein Amt als Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion niedergelegt. Bereits am 4. August 1914 habe er einen dahingehenden Entschluß der Fraktion bekannt gegeben. Selbstverständlich behalte Genosse Haase sein Amt als Vorsitzender der Partei.

Aus dem Hauptauschuß des Reichstages.

Berlin, 20. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Der Hauptauschuß des Reichstages beriet einen Kernantrag, ob nicht die Postbeförderungsgebühren für Soldatenpakete in dem Operations- und Schlagengebiet bis 500 Gramm herabgesetzt oder die Gewichtsgrenze erhöht werden kann. Der Staatssekretär des Reichspostamtes bezeichnete den Antrag als undurchführbar. Der Antrag wurde jedoch von dem Ausschusse angenommen.

Umbildung des belgischen Ministeriums.

Paris, 20. Dez. Der „Temps“ meldet aus Gahr, daß eine Umbildung des belgischen Ministeriums erfolgt sei, indem Graf Goblet d'Alviella, P. Gynmans und Emil Vandervelde zu Ministern ohne Portefeuille ernannt worden seien. Der „Temps“ meint, daß der Ernennung, die wie eine reine Formsache aussehe, doch eine erhebliche Bedeutung zukomme, indem nimmere die leitenden Männer der sozialistischen und liberalen Linken unmittelbar an der Regierung teilnehmen würden.

Die Wahlen in Griechenland.

Athen, 21. Dez. (Meldung der Agence Havas.) (Nicht amtlich.) Unter den bisher Gemählten befinden sich 200 Anhänger Gurnaris, 35 Theotokisten, ungefähr 20 Anhänger Kallitis und 7 Anhänger Dimitrapoulos. Aus 60 Wahlkreisen steht das Ergebnis noch aus.

Deutsche Mitarbeit in der Türkei.

Konstantinopel, 21. Dez. Die Zeitung „Sifak“ begrüßt den Plan, zu allen Zweigen der ottomanischen Verwaltung deutsche Reformatoren zuzulassen und drückt die Ueberzeugung aus, daß die deutsche Mitarbeit für die Türkei von höchstem Nutzen sein werde.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Zeit: Wilhelm Raab; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Druckerei: Gustav Berger, alle in Karlsruhe, Gutenbergstraße 24.

Trotz allgemeiner Preissteigerung bietet mein

Weihnachts-Verkauf

bei grosser Auswahl noch billige Preise und empfehle als besonders preiswerte Weihnachtsgeschenke:

Für unsere Feldgrauen:

- Hemden, Fufferhosen
- Unterjacken, gesfr. Westen
- Schiesshandschuhe, Socken
- Fußschlupfer, Kniewärmer
- Lungenschützer, Ohrschützer
- Kopfschützer, Halsbinden
- Pulswärmer usw.

- Oberhemden
- Einsatzhemden
- Herrn-Nachthemden
- Vorhemden
- Kragen, Krawatten
- Manschetten, Hosenfräger
- Kopfschützer
- Taschentücher

- Damenhemden
- Beinkleider
- Unterfallien
- Unterröcke
- Reformbeinkleider
- Zier- und Trägerschürzen
- Westen, Umschlagtücher

- Kinderhäubchen
- Leibchen, Röckchen
- Sweaters
- Reformhöschen
- Kinderschürzen
- Erstlingswäsche
- Sirümpfe usw.

Damen-Kleider- und Blusenstoffe.

Leinen, Halbleinen, Baumwolltuche, Handtücher, Tischwäsche, Bettzeug, Bettbarchenta, Bettücher, Schlafdecken, Bettfedern,

63 Rheinstrasse 63 Georg Kugel 63 Rheinstrasse 63

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

8974



**ORIGINAL SINGLER**

**Die beste Weihnachtsgabe**

**Moderne Familien-Suß-Maschine**

**80 M**

*Albachtungsmaschine*  
*Розочковина (напряж. и охлажденная) кофемолка.*

8956

**Odeon-Haus**  
 G. m. b. H.  
 Karlsruhe i. B.  
 Kaiserstr. 127.

Beste, billigste u. realste Bezugs-Quelle v. Musikinstrumenten, all. Art. Sprechmaschinen Schallplatten.

**Weisse Kinder-Flauschwämle**  
 Nr. 675 8981

**Wilhelmstraße 30.**

**Pfannkuch & Co**  
 Besonders preiswerte

**Güld-Weine**

**Samosmuskat**  
 ganze Flasche 1.30  
 halbe Flasche 75 Pfg.

**Roter Malaga**  
 ganze Flasche 1.60  
 halbe Flasche 90 Pfg.

**Malaga**  
 fein alt \* mit Schutzmarke  
 ganze Flasche 2.-  
 halbe Flasche 1.10

**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H.  
 den bekanntesten Verkaufsstellen.

**Standesbuchauszüge der St. dt. Karlsruhe.**  
 Cheaufgebote. Friedrich Schwann von Crailsheim, Fabrikarbeiter in Crailsheim, mit Katharina Finkert von Ludwigs- hofen. Julius Vogt von Rastatt, Bahnbedienter in Rastatt, mit Katharina Adler von Pirmasens. Karl Calmon-Larmée von Sternenfels, Wehger hier, mit Magdalena Rösel von Speyer. Friedrich Herr von Oberpöschel, Architekt hier, mit Hermine Siehler von Trüben. Peter Thomas von Dieburg, Oberfeuer- werker hier, mit Konstantia Guder von Lauterberg. Ab. Fint von Holzappel, Kaufmann hier, mit Sofia Langenbacher von Nischthalen. Karl Seiler von Hamburg, Chorführer in Ham- burg, mit Frieda Steinöl geb. Seifer von Hamburg. Ernst Pfeiffer von Mannheim, Schlosser in Mannheim, mit Hilba Wagner von Mannheim. Karl Sagenunger von Mannheim, Kaufmann in Mannheim, mit Anna Köhner von Mannheim. Wilhelm Dethloff von Rastatt, Schuhmann in Rastatt, mit Sofia Lang von hier.

Geschlichtungen. Wilhelm Ludwig von hier, Bäcker hier, mit Hedwig Burger von Raumborf. Max Hugo von Gotha, Kauf- mann hier, mit Maria Wittmann von hier. Albin Sauerbrun- von Wehlis, Sergeant hier, mit Emma Kühn von Badbruchs- weier. Matthias Jacob von Helgingen, Bankbeamteter hier, mit Emilie Mangel von hier. Heinrich Driesen von Gortens, Wert- meister hier, mit Katharina Schwabinger von Bruchsal. Josef Erwein von Etill, Schneider hier, mit Mathilde Eterle von Bruchsal.

Geburten. Otto Friedrich, S. Sebastian Becker, Fabrik- arbeiter. Karl Christian, S. Christian Benninger, Schuhmacher. Gertrud Anna, S. Karl Göth, Eisenbahnbeamter.

**Leopold Kölsch**  
 Kaiserstrasse 211

**Gestrickte Herrenwesten**  
 Rosenträger, Taschentücher.  
 Eine Spezialität der Firma seit 71 Jahren

**Beilen Sie sich, sei es für sich, sei es als Geschenk, sich Exem- plare unseres Weis- nachts Friedrich Hebbels Werke zu beschaffen. Wir liefern unseren Lesern bis auf weiteres diese neue illustrierte Aus- gabe in vornehmster Ausstattung zum Aus- nahme- preis von M. 3.00 in hochlegantem, gebügtem Einband. Erhältlich ist das Werk nur in unserer Expedition, in unseren Filialen und bei unseren Trägern.**

**25 Mark**  
 Einheitspreis  
 für einen  
**Anzug**  
 8703

**Die neuen Ansichts-Postkarten vom Stadtpark**

— Künstlerarten nach Aquarellen von Professor Gähler sowie Lichtbrude aus dem Verlag J. Velten — sind an den Eingängen zum Stadtpark (bei den Einnehmern) sowie in hiesigen Ge- schäften zum Verkauf ausgelegt.  
 Karlsruhe, den 26. November 1915. 8921

**Die Stadtpark-Kommission.**

Unsere gesamten Vorrat in  
**Bilder- und Märchenbüchern**  
 unterstellen wir einem  
**Ausverkauf**  
 zu ermäßigten Preisen und ersuchen wir um gefl. Besichtigung ohne Kaufzwang.

**Buchhandlung Volksfreund**  
 Luisenstraße 24. — Tel. 128.

**Wilhelmstr.**

**30**

**20% Rabatt**  
 auf  
**Pelze**  
 Plüschgarnituren.

Wir suchen ständig:  
**Facharbeiter wie Dreher Hilfsdreher, Bohrer u. Fraiser**  
 für Gefäßfabrikation (auch Kriegsinvaliden und eingetragte Arbeiterinnen) zum sofortigen Eintritt bei gutem Verdienst.  
**Badische Maschinenfabrik (Seboldwerk)**  
 Durlach. 8967

**Brauerei-Küfer,**  
 tüchtiger Holzarbeiter, per sofort bei höchstem Lohn gesucht.  
**Mühlburger Brauerei**  
 vom. Freih. v. Seidenest'sche Brauerei  
 Karlsruhe Mühlburg.

**Schuhe,** neue, enorm billig, nur aus Gelegenheitslauf, für Herren, Damen und Kinder (darunter warmgefütterte) kaufen Sie im An- u. Verkaufsgeschäft **Gloher, Markgrafen- straße 3, l.** 8797

**25 Mark**  
 Einheitspreis  
 für einen  
**Anzug- u. Paletotstoffe**  
 zum Einheitspreis von 25.- netto Kasse Aussergewöhnliches Angebot.  
**Wilh. Wolf jr.**  
 Kaiserstr. 82a.  
 Engros-Tuchabteilung.  
 Eingang Lammstrasse.

**Klavierstimmen**  
 erledigt pünktlich  
**Ludwig Schweisgut**  
 Hofl., 8883  
 Erbprinzenstrasse 4.  
 Fernruf 1711.

**Kontrollkasse,**  
 National, Schreibruder mit To- ta addition, gegen Vorzahlung gesucht. Billigstes Angebot er- beten u. H. E. 8973 a. d. Exp. d. Bl.

**Welschkorn** zu verkaufen nebst Gänsefettall. **Schützenstraße 53, part.**

**Korsetten! Korsetten!**  
 gute Qualitäten, hoch u. nieder, bis Breite 84 cm, St. M. 3.25, gute Damen-Reformleibchen, Gürtelkorsetts St. 1 M., direkt aus der Fabrik. **Vogel, Karl- straße 25, eine Treppe.** 8982

**Umzüge m. Möbelwagen und Rollen** besorgt durch Selbstmitilfe billig! 7916  
**R. Kullinger** Lesingstr. 20  
 Telefon 1700.

**Apfel**  
 2 Wagen eingetroffen. Die- selben werden je nach Quantum und Qualität zu billigen Preisen verkauft. 8545

**Kochäpfel**  
 10 Pfund Nr. 1.10.  
**2 Erbprinzenstr. 2,**  
 Karlsruhe.

**Einzelne Pelz-Muffe**  
 in Braun und schwarz, weit unter Preis. 8980  
**Wilhelmstraße 30.**

**Möbel**  
 aller Art sowie  
**Polsterwaren**  
 in reicher Auswahl empfiehlt billig 8978

**Sch. Karrer**  
 Möbelhandlung,  
 Philippstraße 19.

**Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.**



**Residenz- Theater**  
 Waldstr.  
**Der Hermelinmantel**

Lustspiel in drei Akten von Professor **Dr. K. Vollmöller**  
 Inszeniert von Walter Schmidhässler

Neueste **„Kriegs- berichte“**

Von der Nordküste Afrikas bis zur Wüste Sahara  
**Das Gute siegt**  
 Schauspiel in zwei Akten

**Der herrenlose Hund**  
 Humoreske in einem Akt

**Weihnachten eines Schauspielers**  
 Drama. 8959

**Gelegenheitskauf!**  
**Uster Neberzieher Anzüge**  
 enorm bill., neue schon von 12 M. an, getrag. schon von 5 Mark an für Herren, Mädchen u. Kinder, auch Pelze- rinen, Loben-Toppen, eine große Partie verschied. Sofen kaufen Sie billig im An- und Verkaufsgeschäft **Gloher, Markgrafen- straße 3.** 8793

**Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.**  
**Medizinische Bäder.**  
 Fichtennadel-Salz (Rappena- uer oder Steas- furter).  
 Mutterlange u. Schwefel- (Thiopinol-)Bäder.  
 Badezeit für Herren und Damen: 8—1 Uhr vorm. und 3—8 Uhr nachm. Samstags bis 9 Uhr. Sonntags 8—12 Uhr. Mittags 1 bis 3 Uhr ge- schlossen. 7920

**Hafen- u. Rehfelle**  
 werden stets angekauft. 8907  
**Schwannenstr. 11, Tel. 836.**

**Pfannkuch & Co**  
 Feinste Dresdener **Christstollen**  
 per Stück 1.60  
 Dieselben werden fertig zum **Feldpostversand** in Kartons geliefert.



**Pfannkuch & Co**  
Die  
Hindenburg-Lampe

# Rontax

Ist ein vorzügliches Soldatenlicht fürs Feld.  
Verwandfertig  
(20 Pfg. Porto):

a) eine Rontax-  
**Steh-Lampe**

mit Füllung für ca. 7  
Brennstunden, 9 Wachs-  
patronen für je ca. 3 1/2  
Brennstunden, 1 Koch-  
gefäß, zusammenlegbar,  
5 Ersatzdöchte, 1 Docht-  
heber, 1 Gebrauchsan-  
weisung  
**ML 1.20**

b) eine Rontax-  
**Hänge-Lampe**

mit Füllung, 1 Aufsatz  
mit Glöde, 6 Wachs-  
patronen, 5 Ersatzdöchte,  
1 Dochtheber, 1 Ge-  
brauchsanweisung  
**ML 1.20**

c) 12 Wachs-  
**patronen**

von je ca. 3 1/2 Brenn-  
stunden, 5 Ersatzdöchte,  
1 Gebrauchsanweisung  
**75 Pfg.**

Ferner ist die Lampe  
als praktische und spar-  
same Küchen- und Flur-  
beleuchtung sehr zu  
empfehlen.

Dieselbe kostet einzeln  
für ca. 7 1/2 Stunden  
Brenndauer  
**50 Pfg.**  
und ist durch Ersatz-  
patronen immer wieder  
zu erneuern.

**Pfannkuch & Co**  
C. m. b. H.  
In den bekanntesten  
Verkaufsstellen

**Verkaufe und  
Kaufe** fortwährend neue  
und getragene  
Herrenkleider, Schuhe, Stiefel,  
blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren,  
Baffen, Gold und Silber,  
 Brillanten, Zahngebiße, Pfand-  
scheine, Möbel, Reisekoffer.  
Erstes größtes An-  
u. Verkaufsgeschäft **Levy**  
Markgrafstr. 22, Tel. 2015, 8914

Besonders günstige Einkaufsgelegenheit  
für den  
**Weihnachts-Bedarf.**

**Wollwaren** In reicher  
**Modewaren** Auswahl  
**Damenwäsche** noch zu  
**Kinderwäsche** alten  
**Taschentücher** billigen  
**Spielwaren** Preisen.

**H. Holtermann, Durlach**  
Hauptstrasse 50. 8818

# Hohen Rabatt

gewähren wir bis Weihnachten auf:

- Sämtliche **Damen-Konfektion** Kleider, Blusen, Mäntel, Unterröcke, Morgenröcke, Morgenjacken u. s. w. . . . . **25%**
- Sämtliche **Kinder-Konfektion** für Knaben u. Mädchen, Anzüge, Kleider, Blusen, Mäntel . . . . . **25%**
- Sämtliche **Putz-Artikel** Damen- u. Kinder-Hüte, garniert und ungaryniert, Federn Blumen u. s. w. . . . . **25%**
- Sämtliche **Pelz-Waren** Stola, Kragen u. Muffe, in Pelz und Stoffpelz, für Damen und Kinder . . . . . **20%**
- Sämtliche **Mode-Waren** Damen-Kragen, Westen, seid. Tücher, Theaterbeutel u. s. w. . . . . **10%**
- Warme Winter-Schuhe** für Damen, Herren und Kinder . . . . . **10%**
- Sämtliche **Hand-Arbeiten** fertig gestickt angefangen und gezeichnet . . . . . **10%**
- Sämtliche **Spiel-Waren** . . . . . **10%**

**Hermann** 8962  
**Tietz.**

**Elegante  
schwarze  
lange  
Tuchmäntel**  
M 19.75 M 28.75  
" 24.75 " 32.75  
in allen Weiten  
Wert bedeutend höher.  
**Sackentleider v. M 16.50 an**  
Auf farbige **Damenmäntel**  
**Paletots** 8960  
**20% Rabatt.**  
**Wilhelmstr. 30**  
**Trauerkleider**  
färbt rasch und billig  
**Färberei J. Firnrohr**  
Kaiserstr. 28. 8777  
**Chaiselongue** neu, von  
26 M an,  
Schützenstraße 25, 8914

**Wo??**  
kaufen Sie Ihre **Gummi-Sohlen** und **Gummi-Absätze**, wie auch andere **Gummi-Waren** gut und billig? Nur im  
**Gummiwaren-Haus**  
**A. Silberberg** 8975  
**44 Kaiserstrasse 44**  
zwischen Adler- und Kronenstrasse.  
**Gummi-Sohlen**  
bester Ersatz für Leder, zu staunend billigen Preisen.  
**Damen-Sohlen** von Mk. 1.15 bis 1.40  
**Herren-Sohlen** von Mk. 1.50 bis 1.80  
Auf Wunsch wird besohlt.  
**Gummi-Absätze**  
**Damen-Absätze** von 15 Pfg. an  
**Herren-Absätze** von 35 Pfg. an  
Schuhmacher und Wiederverkäufer hohen Rabatt.  
**Fahrrad-Mäntel, Gas-, Wasser-Schläuche,**  
**Wringmaschinen, Taschenlampen,**  
**Batterien** zu staunend billigen Preisen.  
Beachten Sie bitte, meine Schaufenster.  
**Filiale Kaiserstrasse 122**  
Eingang Waldstrasse  
gegenüber Residenz-Theater.

**Gesangverein Cassalia**  
Wir laden unsere verehrlichen Mitglieder zu der am  
Sonntag den 26. Dezember im Saale der Restauration  
„Auerhahn“ stattfindenden  
**Abend-Unterhaltung**  
freundlichst ein. 8979  
Anfang 5 Uhr.  
Der Vorstand.

# Uhren, Juwelen Gold- und Silberwaren



Empfehle für Weihnachten  
meine  
**Anker-Präzisions-Uhr**  
„Danio“  
kostet nur  
in Stahl und Nickel 15 Mk.  
Stahl-Doppeldeckel 18 „  
Silbergehäuse mit  
Goldrand sehr  
stark . . . . . 22 „  
**Sonstige Taschenuhren**  
für Damen und Herren kosten  
4, 6, 8, 10, 12, 15 Mk. usw.  
Riesige Auswahl.

**Armbanduhren** auch mit Radium-  
Leuchtblatt, für Damen und Herren von 5.— Mk. an.  
**Ueber 1000 Uhren auf Lager.**  
**Goldene Damenuhren** . . . . . von 20.— Mk. an.  
**Ohringe, Collier, Broschen, Ketten, Ringe** usw.  
Riesige Auswahl. Billige Preise.  
Streng reelle Bedienung. Für jedes Stück volle Garantie.  
**Trauringe**, 8 karat. 333 10.— Mk.  
" 14 " 585 20.— "

Besichtigen Sie meine Ausstellung.  
**Oskar Kirschke, Karlsruhe**  
Kriegstraße 70 (alte Nr. 12).

# Bekanntmachung.

**Die Preussisch-süddeutsche Klassenlotterie**  
betreffend.  
Die Ziehung der 1. Klasse der 7. Preussisch-süddeutschen  
(233. Königl. Preussischen) Klassenlotterie wird nach plan-  
mäßiger Bestimmung am 11. und 12. Januar 1916  
stattfinden.  
Die Lose dieser Lotterie werden von den zuständigen  
Großh. Bad. Lotteriereceinnehmern ausgegeben.  
Karlsruhe, den 18. Dezember 1915.  
**Großh. Landeshauptkasse**  
Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

# Pelze-Verkauf.

32 Nur Zirkel 32, 1 Treppe hoch.

Für die  
**Soldaten-Weihnachts-  
Pakete**  
**Taschenlampen**  
Ersatzbatterien, Birnen  
in nur bester Ausführung  
zu billigsten Preisen.  
Gesellschaften und Vereine  
erhalten bei grösseren Bezügen  
Vergünstigung.  
— Preisliste auf Wunsch. —  
**Nordische Stahlgesellschaft,**  
m. b. H. 8927  
Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 81/83.



# Pferdefleisch.

Hauptverkaufstage für meine Fleisch-  
und Würstwaren zu dem bekannten  
Preis  
**Mittwoch und Samstag.** 8767  
**Theodor Gramlich**  
Pferdefleischerei mit elektrischem Betrieb.  
Durlacherstraße 59. — Telephon 3319.